

Aufholjagd 2026





Lasse Hundsdörfer

Liebe JuLis,

das Jahr 2025 wird für viele von uns unschön gewesen sein. Eine verlorene Bundestagswahl, eine FDP-Führung unter unseren Erwartungen, Verluste bei der Kommunalwahl, eine katastrophale Bundesregierung und, und, und. Aber statt jetzt wieder von Untergangsszenarien zu berichten, sollten wir lieber ins kommende Jahr blicken. Es kann schließlich nur besser werden - und muss es auch.

Bei den JuLis NRW mache ich mir aber keinerlei Sorgen, dass wir unseren Teil zur Aufholjagd leisten werden. Egal in welchem Bezirksverband, egal auf welchem Kongress. Es sind immer junge Menschen da, die für die liberale Sache brennen und für unsere Ideale eintreten.

In dieser Ausgabe wird mit kleinen Rückblicken ans vergangene Jahr erinnert und die neuen Vorstandsmitglieder werden vorgestellt. Außerdem schreibt Oliwier über die versteckte Drogenkrise, in der wir uns befinden. Niklas Grotjans referiert über eine liberale Sterbehilfe, und Jessica schildert die Gefahren sexueller Belästigung im Zusammenhang mit KI. Leonard behandelt den vergangenen Leitantrag, und Lorenzo gibt einen Ausblick auf die kommende Landtagswahl. Zudem dürfen wir uns auf gleich zwei Rezepte unserer Gourmets Tom und Malte mit Unterstützung von Julius freuen.

Ich wünsche euch viel Freude beim Lesen und vor allem schöne Feiertage! Bis zum nächsten Jahr!

Euer *Lasse*



Editorial

der Chefredaktion

Seite 2



Keta und Krawall - Europa steckt in einer Drogenkrise (und es scheint niemanden zu jucken...)

Oliwier Slowik

Seite 4



Selbstbestimmung bis zuletzt: Warum Deutschland eine liberale Sterbehilfe braucht

Niklas Grotjans

Seite 6



IN ZWEI JAHREN GIBT ES EINEN PORNO VON DIR - OB DU WILLST ODER NICHT

Jessica Bremes

Seite 9



Campus statt Schampus

Charles Lübke

Seite 11



Herzhaftes Hähnchengeschnetzeltes mit Pilzen und Kurkuma-Reis

Tom Peters

Seite 13

Vorstellung neue LaVo Mitglieder

Seite 14

20 RECAP 25

Seite 15



LTW 2027

Lorenzo Peuser

Seite 16



Die legendäre Theisen-Bolo

Malte Frisch & Julius Theisen

Seite 18

BERICHT AUS DEM LaVo

Seite 20



WIE DEUTSCHLANDS STEUER- UND STANDORTPOLITIK INVESTITIONEN UND WACHSTUM BREMST

Lucas Hahn

Seite 22

Keta und Krawall – Europa steckt in einer Drogenkrise

(und es scheint niemanden zu jucken...)

Wenn ich „Drogen“ sage, denken viele an Pablo Escobar, Palmen, Kokainberge und Miami Vice. An Gangster mit Goldketten und Maschinengewehren. Doch der wahre Drogenkrieg findet nicht mehr in Kolumbien statt – er tobt längst in Europa. Und das Schlimmste daran: Kaum jemand redet drüber. Kokain, Crystal Meth, MDMA, Crack, Keta – die Liste ist endlos. Alles erhältlich. Überall. In Berlin-Mitte genauso wie im Dorfclub in Schleswig-Holstein. Fast jeder kennt jemanden, der jemanden kennt, bei dem man „was Kleines“ besorgen kann. Drogen sind kein Tabu mehr – sie sind Teil des Alltags. Und genau das ist das Symptom einer Krise, die in Europa längst außer Kontrolle geraten ist.

EUROPA AUF DROGE – UND KEINER SCHAUT HIN

Die nackten Zahlen sind absurd: Laut dem Europäischen Drogenbeobachtungszentrum (EMCDDA) konsumierten 2024 rund 8,4 Prozent aller Erwachsenen in der EU Cannabis – das sind 24 Millionen Menschen. 4,6 Millionen nahmen Kokain. Eine Analyse von Abwasserproben zeigt, dass der Konsum von Stimulanzien wie MDMA, Amphetamin und Kokain in europäischen Städten in den letzten Jahren explodiert ist. In Brüssel hat sich die im Abwasser nachgewiesene Kokainmenge von 2023 auf 2024 fast verdoppelt. Deutschland liegt mittendrin: Das BKA zählte 2023 über 346.000 drogenbezogene Straftaten, ein Plus von fast zwei Prozent. Besonders auffällig: Kokain-Delikte +27%. Und nein, das liegt nicht nur daran, dass die Polizei besser hinschaut – sondern dass einfach mehr konsumiert, mehr verkauft, mehr produziert wird. Im Jahr 2023 wurden in der EU 419 Tonnen Kokain beschlagnahmt – ein neuer Rekord. Allein in Hamburg, dem europäischen Drehkreuz des Koksimports, landeten in der Sommersaison 25 Tonnen im Zollnetz. Wer glaubt, die Container mit Bananen seien harmlos, hat keine Ahnung, was dort wirklich liegt.

KARTELLE, CLANS UND KORRUPTHE HÄFEN – WILLKOMMEN IM EUROPÄISCHEN DROGENKRIEG

Das, was lange nach Netflix klang, ist längst Realität. Europas Drogenmafia ist hochorganisiert, brutal und vernetzt. Clans mit paramilitärischen Strukturen kontrollieren Häfen, schmieren Beamte, er-

pressen Konkurrenten und erschießen Journalisten. Eurojust bezeichnet den Drogenhandel inzwischen als größte Sicherheitsbedrohung Europas. Über 2 000 Ermittlungsverfahren 2024 – Tendenz steigend. In Ländern mit großen Häfen wie Rotterdam, Antwerpen oder Hamburg dokumentieren Ermittler systematische Korruption. Hafenarbeiter kassieren fünfstellige Summen pro Container. Ganze Schichten schauen weg – oder machen mit. Das erinnert fatal an Lateinamerika, nur mit besserer Infrastruktur. Wir haben europäische Kartelle, die Drogenlogistik perfektioniert haben: GPS-Tracker, Drohnen, verschlüsselte Kommunikation. Ein Schwarzmarkt, größer als je zuvor – und ein Staat, der hinterherhinkt.

POLITISCHES VERSAGEN MIT ANSAGE

Angesichts solcher Zahlen müsste eigentlich Alarmstufe Rot herrschen. Stattdessen? Schweigen, Wegsehen, Symbolpolitik. Die aktuelle Drogenpolitik in Deutschland und Europa ist ein einziges Paradoxon: Wir bestrafen Konsumenten, aber wir überlassen den Markt Kriminellen. Wir geben Milliarden für Repression aus, aber kaum etwas für Prävention. Wir moralisieren, statt zu modernisieren. Präventionsprogramme? Unterfinanziert. Aufklärung? Veraltet. Therapieangebote? Überlastet. Und während Politiker über „Cannabis-Clubs“ streiten, überschwemmen Kartelle Europa mit billigem Koks, synthetischen Opioiden und chemischen Experimenten aus Untergrundlabors. Unsere Antwort auf diese Krise lautet: Wegschauen. Moralische Empörung statt sachlicher Reform. Dabei zeigt jedes Datenblatt: Härtere Strafen haben noch nie eine Droge verschwinden lassen. Sie treiben sie nur tiefer in die Illegalität – und die Gewinne der Kartelle steigen mit jedem Jahr. Bei Kokain schon das siebte Jahr in Folge. **KETA IST DAS NEUE BIER – WIE DROGEN ZUM LIFESTYLE WURDEN**

Noch vor 15 Jahren war Kokain das Statussymbol der Reichen und Schönen. Heute gehört es zur Partykultur wie der Energy-Drink. In Clubs kursieren MDMA-Kapseln, Keta wird „gereinigt“ angeprie-

sen, LSD wird wieder „spirituell“. Der Drogenkonsum ist demokratischer geworden – und gefährlicher. Mischkonsum ist die neue Normalität. Eine Linie Koks hier, etwas Keta da, ein bisschen Speed fürs Wochenende. Viele wissen nicht, was sie wirklich nehmen. In Pillen steckt, was billig ist – nicht, was sicher ist. Die Folge: Krankenhauseinweisungen, Psychosen, Todesfälle. Gestreckte Drogen verletzen langfristig und töten die Konsumenten. Trotzdem herrscht gesellschaftlich Gleichgültigkeit. Drogen sind hip, gefährlich ist nur der „Crackjunker unter der Brücke“. Dabei zieht sich das Problem längst durch alle Schichten. Die Drogenkrise ist mitten unter uns – nur redet niemand darüber. Stattdessen regt man sich lieber über die Migranten auf oder dass die „Reichen“ zu wenig an Steuern bezahlen oder man führt irgendwelche andere, sympolpolitischen Debatten (z. B. das Gendern).

ZEIT FÜR EINE LIBERALE REVOLUTION

Repression hat versagt. Moral hat versagt. Ignoranz sowieso. Was bleibt? Vernunft und faktenbasierte Politik.

Eine moderne, liberale Drogenpolitik muss radikal ehrlich sein: Wer Drogenkonsum nur kriminalisiert, produziert Leid, Unsicherheit und Schwarzmarktprofite. Wer aufklärt, reguliert und schützt, rettet Leben – und entzieht den Kartellen den Boden.

1. Entkriminalisierung des Konsums.

Konsumenten gehören nicht vor Gericht, sondern in Beratung und Prävention. Portugal hat es vor-



Bildnachweis: <https://stock.adobe.com/de/images/ecstasy-pills/102224836>

gemacht: Weniger Tote, weniger Abhängige, weniger Kriminalität.

2. Regulierung statt Repression.

Ein kontrollierter, staatlich regulierter Markt schwächt die Drogenkriminalität. Qualitätssicherung, Dosierung, Altersgrenzen – alles möglich. Der Staat kann Drogen nie abschaffen, aber er kann sie sicherer machen. Ja, wir als JuLis sind immer grundsätzlich gegen Regulierung – doch in diesem Fall ist es mehr als sinnig.

3. Aufklärung und Schadensmin- derung.

Drogenkonsumräume, Drug-Checking, ehrliche Bildungsarbeit. Nicht „Don't do drugs“, sondern „Wenn du's tust, tu's sicher“. Das ist nicht Verharmlosung, das ist Realismus. Die Konsumenten brauchen auch das liberale Prinzip der Selbstverantwortung und wenn sie's machen wollen dann Bitteschön, aber sie müssen sich ihrer Verantwortung und der Folgen bewusst sein.

4. Europaweite Kooperation gegen Kartelle.

Grenzüberschreitende Ermittlungen, härtere Anti-Korruptionsgesetze, Technologieeinsatz in Häfen – die EU muss handeln wie ein

Block. Sonst steuern Clans die Wirtschaftsräume der Zukunft. Importpunkte müssen möglichst weitgehend gekappt werden durch Einsätze von Sicherheitsbehörden und die EU-Grenzen „drogensicher“ gemacht werden.

5. Therapie statt Stigma.

Sucht ist keine Charakterschwäche. Wer Hilfe will, darf nicht monatelang auf einen Platz warten. Es ist beschämend, dass in Deutschland mehr Menschen auf Entzug warten als in Haft sitzen. Übrigens sind Therapeuten nicht nur in der Drogentherapie Mangelware, sondern generell. Deshalb muss die Bedarfsplanung vom Bundesministerium für Gesundheit und den Krankenkassen dringend reformiert werden, denn: bei der Gesundheit darf und kann nicht gespart werden.

FREIHEIT BRAUCHT VERANTWORTUNG

Liberale Drogenpolitik ist kein Hippie-Traum. Sie ist Realpolitik. Sie basiert auf Fakten, nicht auf Angst. Auf Freiheit, nicht auf Verboten. Auf Verantwortung, nicht auf Moralismus.

Wir müssen aufhören, über Dro-

gen zu reden, als seien sie ein Jugendproblem. Es ist ein Sicherheitsproblem. Ein Gesundheitsproblem. Ein Freiheitsproblem. Wenn der Staat seine Bürger kriminalisiert, statt sie zu schützen, hat er seine Aufgabe verfehlt.

Europa steckt mitten in einer Drogenkrise – mit 419 beschlagnahmten Tonnen Kokain (die nur die Spitze des Eisbergs sind), unzähligen neuen Substanzen, eskalierender Gewalt und einer Politik, die lieber wegsieht, als zu handeln. Wir können weiter verdrängen – oder endlich gestalten.

Denn Freiheit ohne Verantwortung endet im Chaos. Und genau dort stehen wir gerade.

Zeit, dass wir den Mut haben, die Realität zu akzep-

tieren: Die Drogen sind da. Die Frage ist nur, ob wir sie kontrollieren – oder sie uns.

Oliwier Slowik (18) ist Abiturient in Siegen und Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Siegen-Wittgenstein. Er interessiert sich vor allem für Kommunalpolitik, Außenpolitik und Sicherheitspolitik. Ihr erreicht ihn unter:



oliwier.slowik@julius.de



Selbstbestimmung bis zuletzt: Warum Deutschland eine liberale Sterbehilfe braucht

In kaum einem anderen Bereich prallen politische Moral, rechtliche Dogmatik und persönliche Freiheit so heftig aufeinander wie in der Debatte um die Sterbehilfe. Seit das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2020 das Verbot der geschäftsmäßigen Suizidhilfe aufgehoben hat, herrscht in der Politik vor allem eines: Stillstand. Der Gesetzgeber ist mehrfach an einer Neuregelung gescheitert, obwohl das Gericht unmissverständlich festgestellt hat, dass das Recht auf selbstbestimmtes Sterben Teil der allgemeinen Persönlichkeitsrechte ist. Menschen in Grenzsituationen bleiben seitdem rechtlich verunsichert, moralisch bevormundet und institutionell im Stich gelassen.

Was fehlt, ist ein Ansatz, der die Grundrechte ernst nimmt und das Individuum nicht als Objekt staatlicher Fürsorge, sondern als souveräne Person begreift. Die

liberale Perspektive ist hier kein exotischer Sonderweg, sondern die einzig konsistente Antwort auf die Frage, wem das eigene Leben gehört.

Die Bevormundung im Herzen der aktuellen Debatte

Deutschland diskutiert Sterbehilfe häufig nicht aus der Perspektive derjenigen, die betroffen sind, sondern aus der Sicht eines Staates, der glaubt, seine Bürgerinnen und Bürger schützen zu müssen – auch vor sich selbst. Dieses paternalistische Grundmuster prägt Gesetze und öffentliche Debatten gleichermaßen.

Dabei zeigt sich ein fundamentaler Widerspruch: Der Staat vertraut dem Individuum in einer Vielzahl existenzieller Entscheidungen. Wir dürfen Organe spenden, auch wenn medizinisch gravierende Risiken bestehen. Wir dürfen frei über unsere Bezie-

hungen, unseren Körper, unsere Lebensentwürfe entscheiden. Doch wenn es um die letzte Entscheidung geht, um das Ende des eigenen Lebens, schwindet das Vertrauen in die Autonomie fast vollständig.

Der Kern des Problems liegt in der Frage, die der Gesetzgeber immer wieder zu beantworten versucht: Warum will jemand sterben? Diese Frage ist weder rechtlich noch philosophisch sinnvoll zu beantworten. Menschen handeln nach komplexen, oftmals irrationalen, emotionalen oder zutiefst persönlichen Motiven. Das Verlangen nach Gründen setzt voraus, dass es objektiv vergleichbare Maßstäbe gibt – doch solche Maßstäbe existieren nicht. Gefühle von Erschöpfung, Perspektivlosigkeit, Würdeverlust oder Krankheit lassen sich nicht in Kategorien einteilen, die ein Staat verwerten könnte, ohne über das Leben der

Betroffenen zu urteilen.

Wer Gründe verlangt, sagt letztlich: Nicht du entscheidest, was dein Leben lebenswert macht – wir tun es.

Was die Grundrechte wirklich verlangen

Eine liberale Regelung der Sterbehilfe beginnt nicht mit medizinischen Kriterien, sondern mit der Verfassung.

– **Art. 1 Abs. 1 GG** schützt die Menschenwürde. Diese wird oft missverstanden: Sie garantiert nicht das Weiterleben um jeden Preis, sondern schützt die Freiheit zur Selbstbestimmung. Wer gezwungen wird, ein Leben fortzuführen, das er nicht mehr tragen kann oder will, wird zum Objekt staatlicher Vorgaben – ein Bruch mit genau jener Würde, die eigentlich geschützt werden soll.

– **Art. 2 Abs. 1 GG** garantiert die allgemeine Handlungsfreiheit. Diese beinhaltet die Freiheit, auch negative Entscheidungen über sich selbst zu treffen. Der Staat darf die Autonomie nicht danach sortieren, ob er die zugrunde liegenden Motive nachvollziehen kann.

– **Art. 2 Abs. 2 GG** schützt das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Eingriffe in dieses Recht – dazu zählt auch das Verhindern eines frei gewählten Todes – bedürfen besonders strenger Rechtfertigung. Doch wie lässt es sich rechtfertigen, dass Menschen gezwungen werden, in Leid, Abhängigkeit oder Unfreiheit zu verbleiben? Das Bundesverfassungsgericht hat anerkannt, dass das Recht auf selbstbestimmtes Sterben existiert. Die Lücke liegt somit nicht in der Verfassung, sondern in der politischen Bereitschaft, dieses Recht umzusetzen.

Warum die aktuelle Situation unwürdig ist

Der politische Stillstand führt zu einem System, das sich widerspricht. Einerseits existiert ein Grundrecht auf selbstbestimmtes Sterben. Andererseits fehlen legale, sichere und respektvolle Wege, dieses Recht auszuüben. Das Ergebnis ist ein Zustand, der dem Anspruch eines Rechtsstaats nicht gerecht wird:

Menschen reisen in die Schweiz, weil Deutschland ihnen keine Perspektive bietet. Andere versuchen, allein zu sterben – häufig durch gefährliche Methoden, ohne Unterstützung, oft in völliger Einsamkeit. Ärztinnen und Ärzte befinden sich in einem Nebel der Unsicherheit, schwankend zwischen Mitleid, Angst vor rechtlichen Konsequenzen und moralischen Erwartungen. Angehörige werden in Situationen gedrängt, die niemand ertragen sollte.

Eine Gesellschaft, die Leid minimieren will, darf nicht zulassen, dass das Ende des Lebens zum administrativen Albtraum wird.

Liberaler Ansätze – und die unterschiedlichen Wege dorthin

Dass der Bundestag seit dem

Urteil des Bundesverfassungsgerichts verschiedene Anträge zur Neuregelung der Sterbehilfe diskutiert hat, zeigt vor allem eines: Selbst innerhalb des freiheitlichen Spektrums gibt es keine einheitliche Vorstellung davon, wie Autonomie am Lebensende konkret geschützt werden sollte. Einige Entwürfe setzen auf umfangreiche Schutzmechanismen, die einen hohen bürokratischen Aufwand, lange Wartefristen und mehrstufige Begutachtungsverfahren vorsehen. Dahinter steht die Annahme, dass der Staat die Freiheit des Einzelnen vor sich selbst schützen müsse – etwa vor impulsiven Entscheidungen, psychischen Ausnahmesituationen oder subtilen sozialen Erwartungen. Diese Perspektive vertraut der Autonomie nur unter Bedingungen und errichtet deshalb Verfahren, die vor allem verhindern sollen, dass ein Sterbewunsch vorschnell oder unreflektiert umgesetzt wird.

Andere Vorschläge im Bundestag betonen hingegen stärker die verfassungsrechtlich garantierte Selbstbestimmung. Sie argumentieren, dass eine frei gewählte Entscheidung nicht freier wird,



Bildnachweis: <https://stock.adobe.com/de/images/a-young-woman-holding-the-hand-of-an-old-woman-in-a-hospital-bed-black-and-white/262902541>

wenn der Staat sie mit immer neuen Hürden versieht. Stattdessen müsse die Rolle des Gesetzgebers darin bestehen, sichere und transparente Wege zu öffnen – nicht darin, die Gründe eines Menschen zu bewerten oder ein bestimmtes moralisches Ideal stillschweigend zur Bedingung zu machen. In diesem Verständnis ist eine liberale Sterbehilfe nicht primär ein Schutzkonzept, sondern eine Ermöglichungsstruktur: Sie schafft legale, gut regulierte Zugänge und respektiert die Entscheidung, ohne sie zu pathologisieren oder zu moralisieren. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die gesamte politische Debatte. Die einen wollen Freiheit absichern, indem sie sie eingrenzen, die anderen wollen sie schützen, indem sie ihr Raum geben. Doch genau diese Spannbreite zeigt, wie grundlegend die Frage nach dem selbstbestimmten Sterben für ein freiheitliches Gemeinwesen ist: Es geht nicht um technische Details, sondern um das Menschenbild, das einer Gesellschaft zugrunde liegt. Eine liberale Position im engeren Sinne kann hier nur bedeuten, den Staat auf seine legitimen Aufgaben zu beschränken: Missbrauch zu verhindern, Transparenz zu schaffen und Menschen zu befähigen, ihre Entscheidung in Würde zu treffen – ohne ihre Autonomie politisch oder moralisch zu filtern.

Wie eine liberale Sterbehilfe tatsächlich aussehen kann

Eine liberale Perspektive nimmt das Individuum ernst. Sie setzt nicht auf moralische Kontrolle, sondern auf Freiheit unter Bedingungen der Freiwilligkeit und Transparenz.

Eine plausible Regelung könnte so aussehen:

Erstens:

Die Entscheidungsfähigkeit muss festgestellt werden. Nicht die Gründe werden geprüft, sondern die Fähigkeit, eine freie Entscheidung zu treffen. Das schützt Menschen in akuten psychischen Krisen – ohne ihre Autonomie grundsätzlich infrage zu stellen.

Zweitens:

Es braucht ein strukturiertes, aber nicht überreguliertes Verfahren mit medizinischer Beratung, einer Reflexionsphase, ärztlicher Begleitung. Diese Elemente schaffen Sicherheit, ohne die Grundrechte auszuhöhlen.

Drittens:

Die Rolle des Staates reduziert sich auf das, was er legitimerweise darf: Missbrauch verhindern, Entscheidungsfähigkeit sichern, Verfahren transparent machen. Er darf aber nicht beurteilen, welche Lebensentscheidungen moralisch „richtig“ oder „falsch“ sind.

Viertens:

Der Vollzug der Sterbehilfe muss medizinisch begleitet werden. Das schützt sowohl die körperliche Integrität als auch die Autonomie. Niemand sollte sich in ein fremdes Land flüchten oder riskante Methoden anwenden müssen. Eine solche Regelung wäre nicht nur verfassungskonform, sondern Ausdruck einer reifen liberalen Gesellschaft.


Der Mut zur Freiheit

Die Angst vor der liberalen Sterbehilfe entspringt oft der Vorstellung, Autonomie könne missbraucht oder verkannt werden. Doch paternalistische Verbote lösen diese Angst nicht – sie verdrängen sie nur. Freiheit ist nie vollständig risikolos. Aber sie ist der Kern unserer Verfassungsordnung.

Die zentrale Frage lautet daher: *Vertrauen wir dem Individuum oder misstrauen wir ihm grundsätzlich?*

Eine liberale Position antwortet klar: Das Individuum ist der Ausgangspunkt jeder Rechtsordnung, nicht ihr Objekt. Es trägt die Verantwortung für sein Leben – auch für dessen Ende.

Solange der Gesetzgeber davor zurückschreckt, diese Linie zu ziehen, bleibt die Sterbehilfe in Deutschland ein aufgearbeitetes Tabu. Doch echte Selbstbestimmung endet nicht an der Schwelle des Todes. Sie umfasst auch die Freiheit, das eigene Leben zu vollenden – bewusst, begleitet, verantwortungsvoll und in Würde.



Niklas Grotjans studiert Jura an der Uni Münster und ist Bezirksvorsitzender im Münsterland. Ihr erreicht ihn unter:
niklas.grotjans@julius.de.



IN ZWEI JAHREN GIBT ES EINEN PORNO VON DIR – OB DU WILLST ODER NICHT

Vor ein paar Wochen habe ich die STRG_F-Dokumentation „MrDeep-Fakes: Wer steckt hinter meinen gefälschten Bildern“ gesehen. Die in der Dokumentation gezeigten Fälle wirken wie Szenen aus einem dystopischen Film, nur spielte sich leider alles in unserer Realität ab. Menschen, vor allem Frauen, sehen sich plötzlich in pornografischen Videos, die sie nie gedreht haben. Ihre Gesichter wurden digital montiert, ihre Körper rekonstruiert und damit ihre Würde gebrochen. Die Betroffenen kämpfen mit Scham, Trauma und Angst und stehen gleichzeitig vor dem juristischen Nichts. Denn obwohl der Missbrauch digitaler Medien längst Alltag ist, **fehlt in Deutschland weiterhin ein klarer Straftatbestand**, der diese tiefgreifende Verletzung der Intimsphäre eindeutig und wirksam sanktioniert.

Deepfakes sind schon lange kein Nerd-Spielzeug mehr. Die Technologie ist mittlerweile so niedrigschwellig geworden, dass sie keine Programmierkenntnisse und High-End-Hardware mehr erfordert, sondern nur eine durchschnittliche Grafikkarte und im schlimmsten Fall die Wut oder Bessenseheit eines Täters. Das Internet liefert Tausende Anleitungen, oft mit einem zynischen Unterton versehen: „Mach deinen eigenen Star-Porno!“ oder „Erstelle dein Traum-Date.“ Gemeint sind: Menschen aus dem eigenen Umfeld, vielleicht du, deine Freundin oder deine Mutter. Menschen, die nie zugestimmt haben. Menschen, deren Gesichter in Sekunden zum

Material werden, für etwas, das demütigt und zerstört. Die Videos verbreiten sich schnell, oft schneller als jede juristische Gegenmaßnahme greifen kann. Die Plattformen reagieren träge, löschen zu langsam oder gar nicht. Und selbst wenn die Inhalte entfernt werden, bleiben Kopien, gespeicherte Dateien, Screenshots – ein digitales Damoklesschwert.

In einer liberalen Gesellschaft dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass technische Entwicklungen Missbrauch ermöglichen, ohne dass der Rechtsstaat adäquat reagieren kann. Für uns **Junge Liberale** ist Freiheit kein theoretisches Konzept, sondern **ein praktischer Anspruch: die Freiheit, über den eigenen Körper, die eigene Sexualität und das eigene Bild zu bestimmen.** Diese Selbstbestimmung ist elementar, und gerade wir Liberalen müssen sie verteidigen. Wenn der Staat dabei untätig bleibt, entsteht kein Raum für Freiheit, sondern ein Raum für Täter.

Dabei ist das Problem nicht neu. Das Strafrecht ist bereits an vielen Stellen dafür zuständig, Übergriffe zu ahnden, die das Persönlichkeitsrecht verletzen: Verleumdung, Verletzung von Bildrechten, voyeuristische Aufnahmen und so weiter. Doch Deepfake-Pornografie passt in diese Kategorien nur mit Verrenkungen, und oft fällt sie ganz durch das Raster. Es handelt sich nicht um echte Aufnahmen; das Opfer war nie im Raum, hat nie gehandelt, nie gesprochen, nie zugestimmt. **Genau diese Ir-**

realität macht es für Täter so leicht und für das Recht so schwer. Viele Betroffene berichten, dass ihnen gesagt wurde, man könne „leidver nichts machen“, weil „kein tatsächlicher Körper“ gezeigt werde oder es sich „nur um eine Montage“ handele. **Das Ergebnis: Täter profitieren von der technologischen Grauzone, Opfer bleiben schutzlos.**

Das darf und kann in einem freiheitlichen Rechtsstaat **nicht der Anspruch sein.** Wer die sexuelle Selbstbestimmung verteidigen will, *muss sie auch dort schützen, wo sie nicht physisch, sondern digital verletzt wird.* Es geht nicht um Moral und schon gar nicht um Technikfeindlichkeit. Es geht darum, dass niemand dazu gezwungen werden darf, in pornografischen Szenen zu erscheinen, die nie passiert sind.

Andere Länder sind uns in der Hinsicht längst voraus. Großbritannien kriminalisiert nicht nur die Verbreitung, sondern explizit auch die Herstellung nicht einvernehmlicher pornografischer Deepfakes. Südkorea geht noch weiter und sanktioniert selbst den Konsum. Die USA arbeiten an bundesweiten Regelungen. *Und wir?* Wir diskutieren noch darüber, ob



Sensitive AI Content

Bildnachweis: <https://stock.adobe.com/de/images/see-and-unsee-eye-icon-set-show-password-open-closed-visible-invisible-concept-hidden-password-icon-vector-symbol-logo-design-element-data-privacy-and-sensitive-content-sign-hide-unhide-icon/855537167>

„digital nachgeahmte Intimität“ wirklich strafwürdig genug ist.

Gerade wir Liberale müssen deutlich machen, dass wir weder Technikfeinde noch Verbotsfetischisten sind. Ja, wir wollen Innovation. Ja, wir wollen KI, digitale Kunst, politische Satire, digitale Experimente. **Aber Innovation ohne Verantwortung ist nicht Freiheit, sondern Anarchie.** Und Anarchie schützt fast immer die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren. Wir sollten daher klar formulieren: *Ein Straftatbestand, der gezielt nicht einvernehmliche pornografische Deepfakes erfasst, ist keine gefährliche Regulierung, sondern eine notwendige zivilisatorische Mindestanforderung.* Er richtet sich nicht gegen KI an sich, nicht gegen Humor, nicht gegen Kunst, sondern ausschließlich gegen Missbrauch.

Die Lösung liegt (in diesem Fall) nicht darin, auf Regulierung zu verzichten, sondern klug zu regulieren. Wenn das Gesetz präzise formuliert ist – und genau das müssen wir Liberale einfordern –, lassen sich klare Ausnahmen schaffen: *wissenschaftliche Nutzung, eindeutig satirische Inhalte, künstlerische Verfremdung und technische Experimente ohne Bezug zu realen Personen.* Niemand will, dass ein Comedian kriminalisiert wird, nur weil er den Kopf eines Ministers in ein Monty-Python-Szenario montiert hat. Aber wir dürfen auch nicht zulassen, dass Menschen sexualisiert und erniedrigt werden, weil sich der Gesetzgeber vor der eigenen Courage fürchtet.

Umso wichtiger ist es, dass **ein neuer Straftatbestand folgende**

Elemente klar enthält: *erstens* die Herstellung nicht einvernehmlicher pornografischer Deepfakes als strafbare Handlung. *Zweitens* die Verbreitung, das Hochladen und das Teilen solcher Inhalte. *Drittens* muss es den Opfern möglich sein, zivilrechtlich gegen Plattformen vorzugehen, die nicht ausreichend auf Löschanfragen reagieren. Nur wenn wir Strafrecht und Zivilrecht zusammendenken, entstehen echte Schutzmechanismen.

Doch **die wichtigste Botschaft** ist eine andere: *Wir müssen die Perspektive der Opfer ernst nehmen.* In der Dokumentation wird deutlich, wie tiefgreifend sie geschädigt werden. Sexualisierte Gewalt wirkt sich nicht erst dann aus, wenn sie physisch stattfindet. Der Schock, sich selbst nackt und bei sexuellen Handlungen zu sehen, ohne je zugestimmt zu haben, ist kaum in Worte zu fassen. Die Betroffenen verlieren nicht nur die Kontrolle über ihre Darstellung, sondern oft auch über ihr **eigenes Leben.** Die Angst, dass Arbeitgeber, Familienmitglieder, Freunde, politische Netzwerke oder Öffentlichkeit die Videos sehen könnten, lähmt sie. *Viele ziehen sich zurück, wechseln Schulen, Arbeitsstellen und Social-Media-Profile. Andere erleiden Depressionen, Panikattacken, Schuldgefühle.* Dabei haben sie nichts getan, außer ein Gesicht zu haben, das anderen als Projektionsfläche dient.

Deshalb müssen wir klar sagen: **Nicht das Opfer soll sich schämen. Der Täter muss sich fürchten.**

Ein Straftatbestand, der diesen Namen verdient, muss spürbare

Konsequenzen nach sich ziehen. Geldstrafen reichen in vielen Fällen nicht aus; wer monatelang die sexuelle Identität eines Menschen digital rekonstruiert, handelt mit Vorsatz. **Vorsatz muss geahndet werden.** Auch wenn wir Liberale grundsätzlich zurückhaltend sind, wenn es um härtere Strafen geht, gilt hier **ein klarer Grundsatz: Schutz der Intimsphäre ist Schutz der Menschenwürde.** Und die Menschenwürde ist nicht verhandelbar. Wenn wir Täter mit laschen Strafen davonkommen lassen, signalisieren wir, dass digitale sexualisierte Gewalt ein Kavaliersdelikt sei. Das wäre ein gesellschaftlicher Rückschritt, den wir nicht akzeptieren dürfen.

Neben der strafrechtlichen Seite müssen wir gleichzeitig die gesellschaftliche Perspektive verändern. Deepfakes sind nicht einfach nur „Fake-Videos“, die man belächelt oder als technische Spielerei abtut. Sie sind **ein Angriff** auf die Grundwerte unserer Gesellschaft: *auf Wahrheit, auf Vertrauen, auf Selbstbestimmung.* Die Technologie, die heute für pornografische Zwecke missbraucht wird, kann morgen politische Kampagnen sabotieren, öffentliche Debatten manipulieren oder gezielte Desinformation verbreiten. Wenn wir also heute konsequent handeln, schützen wir nicht nur die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung, sondern auch die Funktionsfähigkeit unserer demokratischen Öffentlichkeit.

Uns Jungen Liberalen muss Folgendes klar sein: Wir stehen für Freiheit. Aber Freiheit ist nicht der Gegner von Schutz, im Gegenteil. **Freiheit braucht Schutz, wo sie**

missbraucht wird. Wer ein nicht einvernehmliches Deepfake produziert, verletzt nicht nur eine Person, sondern auch ein Prinzip. Er greift das Grundrecht auf Selbstbestimmung an, das Herzstück liberaler Politik. Und genau deshalb ist es nicht nur erlaubt, sondern geboten, diesen Angriff strafrechtlich zu ahnden.

Denn die Realität ist einfach: *Wer Menschen in sexualisierter Form fälscht, verletzt ihre Würde.* Und eine Gesellschaft, die das zulässt, verletzt ihre eigenen Prinzipien. Es ist Zeit, dass wir aufhören, mit altem Recht gegen neue Angriffe zu kämpfen. Es ist Zeit, dass wir zeigen, dass Liberalismus mehr ist als Technikbegeisterung – näm-

lich die klare und mutige Verteidigung des Individuums.



Jessica Bremes ist Bezirksvorsitzende in Ostwestfalen-Lippe. Ihr erreicht sie unter:

jessica.bremes@julis-nrw.de.



campus statt Schampus



Hochschulpolitik – in dieser Politikosphäre haben es Liberale zwischen AStA-Sitzung, Unibesetzung und Campus-Kollektiven traditionell eher schwer. Die 68er wirken in den Hörsälen und Studentenparlamenten nach und lassen nur wenig freiheitliches Gedankengut im hochschulpolitischen Raum zu. Dabei war Freiheit nicht immer ein Fremdwort in studentischen Debatten.

Im Gegenteil: Frühe liberale Diskurse im 19. Jahrhundert wurden maßgeblich an den Universitäten geführt. Liberale Gedanken fanden im Vormärz unter Studenten starken Widerhall, etwa beim Wartburgfest, und formten sich in Seminaren und Lesekreisen im 19. und frühen 20. Jahrhundert weiter. Liberale Vordenker wie Hayek oder Mises wirkten vor allem an den Hochschulen. Der moderne Liberalismus wurde mindestens ebenso sehr an Universitäten geprägt wie die anderen großen politischen Denkschulen – wenn nicht sogar mehr. Trotzdem tummeln sich an den Hochschulen, genauer, in der Hochschulpolitik kaum Liberale. StuPa, AStA und vergleichbare Organe der studen-

tischen Selbstverwaltung sind fast ausnahmslos links dominiert. Warum ist das so?

Auf diese Frage wird häufig beantwortet: Liberale wollen sich selbst verwirklichen. Sie kommen an die Universität mit dem Ziel, ihr Studium als Vorbereitung auf spätere Karriereziele einigermaßen konzentriert und zügig zu beenden. Sofern dafür überhaupt noch Zeit bleibt, setzten sie ihr Engagement in Bereichen ein, aus denen ihnen entweder ein direkter Vorteil erwächst oder in denen sie sinnstiftende Veränderung bewirken zu können glauben. Entweder also in Organisationen, die sich auf ihr Studienfach beziehen (beispielsweise Fachschaften oder ELSA) und die daher als hilfreich für die spätere Karriere gelten, oder in der Politik, direkt in der Partei.

Bis spätabends auf verlorenem Posten gegen linksgrüne und marxistische Mehrheitslisten in heruntergekommenen Hörsälen zu argumentieren und dabei teilweise das eigene körperliche Wohl zu gefährden, passt nicht zum liberalen Lebenskonzept.

Man kann hier ja sowieso nichts erreichen, wenn die Linken seit jeher den Ton angeben. Wenn zwischen Studium, Nebenjob und gegebenenfalls Parteiarbeit noch freie Stunden bleiben, scheint es also verlockender, hedonistischen Aktivitäten nachzugehen – Stichwort: „*Schampus statt Campus*“.

Diese Erzählung erscheint zwar plausibel, offenbart jedoch ein Problem: Solange wir Liberalen nicht versuchen, den linksdominierten Raum der Hochschulpolitik zu erobern, wird er linksdominiert bleiben. Und das hat Folgen. Sowohl für die Hochschulen als auch für den Liberalismus.

Die jahrzehntelange linke Dominanz in der studentischen Selbstverwaltung hat nicht gerade dazu geführt, dass sich eine Mehrheit der Studenten durch sie repräsentiert fühlt, geschweige denn einen Mehrwert aus ihrer bloßen Existenz zieht (eine niedrige Wahlbeteiligung macht's möglich). Das entnimmt der kritisch denkende Beobachter schon einem Blick auf den durchschnittlichen AStA-Veranstaltungskalender. Diesen dominieren nicht etwa sinnvol-



le Formate wie Sozialberatung, Informationsveranstaltungen zu den Vorgängen an der Universität oder Serviceveranstaltungen für die Studenten, sondern linke Theorieworkshops, Vorträge von in manchen Fällen offen verfassungsfeindlichen Referenten und alle paar Wochen Demonstrationsveranstaltungen gegen „Rechts“: Lucke, Linnemann, Lindner, eigentlich alles, was nicht links ist. Alles verborgen unter dem Totschlagargument „politische Bildung“. Zudem solidarisiert man sich zunehmend mit teils extremistischen Gruppierungen oder radikalen Aktionen, die den Lehrbetrieb einschränken und damit den Studenten nicht nur nicht nutzen, sondern auch schaden. 2022 und 2023 etwa unterstützte der AStA der Uni Bonn wiederholt die Besetzung von Hörsälen durch Klimaaktivisten. An anderen Universitäten geht es bis hin zur offenen Solidarisierung mit der radikalen Palästina-Bewegung.

Das alles kann für Liberale schon nicht schlimm genug sein. Dazu kommt aber ein entscheidender Punkt: Die Studenten zahlen dafür. Die studentische Selbstverwaltung wird finanziert aus den Semesterbeiträgen der Studenten. In Bonn zahlten Studenten beispielsweise zuletzt 345 Euro pro Semester. Davon fließen zwar mehr als 200 Euro allein in das erzwungene Deutschlandsemesterticket (egal, ob der Student dieses will oder nicht) und nur 14 Euro in die studentische Selbstverwaltung. Trotzdem verfügt diese damit über einen beachtlichen Etat, der für vieles besser genutzt werden könnte, als für autonome BIPOC*-Referate oder für Beiträge

zum sogenannten „freien Zusammenschluss von student*innen-schaften“ e.V. (fzs), der bundesweit für eine linkspopulistische hochschulpolitische Agenda lobbyiert (er versucht es zumindest, wirklich leiden kann diesen Verein unter den Entscheidungsträgern niemand). Eine von Linken dominierte Hochschulpolitik schadet also den Studenten massiv. Für jeden Liberalen, der unser Land besser machen will, ist das ein Argument, sich hochschulpolitisch einzubringen, damit den Linken wieder Paroli geboten wird.

Doch auch aus Eigeninteresse, das heißt aus Sorge um den Zustand der eigenen Weltanschauung, sollten Liberale den hochschulpolitischen Raum zurückgewinnen. Der oft beschworene und verrufene „linksgrüne Mainstream“ ist gerade deshalb Mainstream, weil die akademischen Eliten größtenteils links geprägt sind und so als Funktionsträger und Ideengeber linker und grüner Bewegungen dienen können – sei es als Journalisten, als Professoren oder als hohe Staatsbeamte. Wer studiert, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, danach in gesellschaftlich führenden Positionen tätig zu sein. Wenn die Universitäten allesamt links geprägt sind, kann man sich ausrechnen, was das mit der Gesellschaft macht. Liberale haben auf diese Übermacht keine Antwort. Das Verbindungswesen bietet im akademischen Raum zwar eine gute Möglichkeit zum Netzwerken und für kulturelle und vopolitische Angebote vorbei an der studentischen Selbstverwaltung. Doch Verbindungen sind weder an den Universitäten ähnlich privilegiert noch sind die

Liberalen dort in der Regel die Taktgeber. Hier dominieren eher Konservative.

Um die Universitäten für die liberale Sache zurückzuerobern braucht es also Zugang zu den studentischen Selbstverwaltungen. Den gibt es nur über hochschulpolitisches Engagement. Wir Liberalen müssen uns also hier verstärkt einbringen, um die Universitäten zu verbessern, den Liberalismus weiterzuentwickeln und ihn gesellschaftlich zu behaupten. Die linke Dominanz in den Hörsälen darf für uns keine Abschreckung, sondern muss ein Ansporn sein. Denn sie zeigt, dass wir mehr tun müssen, um den Linken die gesellschaftliche Deutungshoheit zu entringen und unser liberales Welt- und Menschenbild wieder mehrheitsfähig zu machen. Wir müssen uns von unserer Abneigung vor der vermeintlich unbequemen Hochschulpolitik lösen und den Liberalismus wieder an die Universitäten bringen. Unter Studenten befindet sich so viel liberales Potenzial. Wir müssen es nur heben. Es gilt daher, die Hochschulpolitik dem Hedonismus vorzuziehen – frei nach dem Motto „*Campus statt Schampus*“.



Charles Lübke studiert Politikwissenschaften an der Uni Bonn, sitzt

dort für die LHG im Studentenparlament und ist stellvertretender LHG-Bundesvorsitzender. Bei FDP und JuLis setzt er sich mit diesem Hintergrund besonders für studentische Themen ein. Ihr erreicht ihn unter:

luebcke@bundes-lhg.de



Herzhaftes Hähnchengeschnetzeltes mit Pilzen und Kurkuma-Reis

Wenn draußen frühe Dunkelheit, nasse Wege und kalte Luft dominieren, sehnen sich viele nach Gerichten, die nicht nur satt machen, sondern auch ein Gefühl von Wärme und Geborgenheit vermitteln. Genau dafür eignet sich dieses Hähnchengeschnetzelte mit Pilzen, Frühlingszwiebeln, etwas Sahne und aromatischem Kurkuma-Reis. Es ist ein Rezept, das ohne viel Aufwand auskommt, aber trotzdem nach einem kleinen Wohlfühlmoment

schmeckt, ideal für Winterabende, an denen zwischen Schule, Terminen und ehrenamtlichem Engagement kaum Zeit bleibt, aber trotzdem etwas Frisches und Warmes auf den Tisch soll.

Das Gericht kombiniert vertraute Aromen mit einer leichten Würze, die an saisonale Winterküche erinnert. Der goldgelbe Kurkuma-Reis sorgt nicht nur für Farbe, sondern auch für einen milden, warmen Geschmack, der wunderbar zur cremigen Sauce passt.



Pilze, Schalotten und Frühlingszwiebeln verleihen dem Ganzen Tiefe, während ein kleiner Schuss Weißwein oder Brühe für eine feine Säure sorgt, die das Gericht ausbalanciert. Durch die kurzen Garzeiten bleibt alles unkompliziert und alltagstauglich – ideal also für alle, die etwas Herzhaftes kochen möchten, ohne viel Zeit zu verlieren.

Zutaten:

Für den Winterreis:

- 200 g Basmati-Reis
- 400 ml Wasser
- 1 TL Kurkuma
- ½ TL Salz

Für das Geschnetzelte:

- 300–350 g Hähnchenbrust
- 1 Bund Frühlingszwiebeln
- 2 Schalotten
- 200 g Champignons
- 100 ml Sahne

- Ein Schuss Weißwein oder Brühe
- Salz & Pfeffer
- Öl zum Anbraten
- Frische Petersilie (gehackt)

(für 2–3 Personen)

Zubereitung:

1. Reis kochen

Den Basmatireis gründlich waschen, damit überschüssige Stärke entfernt wird und die Körner später locker bleiben. Reis, Wasser, Salz und Kurkuma in einen Topf geben und bei niedriger Hitze aufkochen. Der Reis sollte langsam garen und nur gelegentlich umgerührt werden, damit er nicht anbrennt. Nach etwa 10–12 Minuten ist er weich, aber noch körnig. Eine kleine Flocke Butter verleiht anschließend zusätzlichen Geschmack. Kurz ruhen lassen und mit einer Gabel auflockern, damit er aromatisch und fluffig bleibt.

2. Zutaten vorbereiten

Die Frühlingszwiebeln in Ringe schneiden, Schalotten fein würfeln und die Champignons halbieren oder in Scheiben schneiden. Die Hähnchenbrust gleichmäßig in dünne Streifen schneiden – so braten sie schnell an und bleiben saftig.

3. Anbraten und verfeinern

Etwas Öl oder Butter in einer Pfanne erhitzen und das Hähnchen kräftig anbraten, bis es leichte, goldene Röstaromen bekommt. Danach beiseitestellen. In derselben Pfanne Schalotten anschwitzen, die Champignons hinzufügen und anbraten, bis sie Farbe an-

nehmen. Wenn sie weich sind, die Frühlingszwiebeln dazugeben. Mit Weißwein oder Brühe ablöschen und kurz einkochen lassen. Das Hähnchen wieder in die Pfanne geben, Sahne hinzufügen und alles einige Minuten köcheln lassen, bis eine cremige, leicht gebundene Sauce entsteht. Mit Salz, Pfeffer und etwas Paprikapulver abschmecken.

4. Anrichten

Den goldgelben Kurkuma-Reis auf Teller geben, das cremige Geschnetzelte darüber verteilen und mit frischer Petersilie bestreuen. Optional sorgt ein Spritzer Zitrone für zusätzliche Frische.



Tom Peters (16) ist Beisitzer im Kreisvorstand der Jungen Liberalen Essen und bekannt für seinen Instagram-Hashtag **#tomisst**, unter dem er regelmäßig unkomplizierte, alltagstaugliche Gerichte präsentiert.

Vorstellung neue LaVo Mitglieder

Fragen:

1. Wie würdest Du Dich in 3 Worten beschreiben?
2. Mit welchem Getränk sieht man Dich auf dem Lako/ der Lako-Party?
3. Wer ist Dein Lieblings Philosoph/ Poltiker/ Ökonom of all time?
4. Eine schlechte Eigenschaft/ Angewohnheit von Dir?
5. Das möchtest Du für die Julis NRW tun(kurz):



Moncif Jali

1. Entspannt, positiv, reflektiert
2. Paulaner Spezi
3. John Locke
4. Ab und zu mal am Prokrastinieren
5. Ich will dafür sorgen, dass wir als Verband von außen wieder wahrgenommen werden.



Philip Beckmann

1. Vielseitig, Engagiert, Authentisch
2. Wasser oder Weißwein
3. Guido Westerwelle
4. Ich kann sehr schlecht abschalten und nichts tun
5. Wir haben in unseren Reihen viele kreative Köpfe. Ich möchte, dass sie ihr Wissen teilen können in Form von Austausch, Workshops oder einfach durch gegenseitige Unterstützung

20 RECAP 25



LaKo II

Auf unserem zweiten Landeskongress haben wir mit einer auffälligen Aktion das Internet erobert. Wir zeigen klare Kante gegen Extremisten und verstecken niemals unsere Liebe zum Kapitalismus. Ein tolles Wochenende.



LaKo I

Auf unserem Landeskongress kamen wir zusammen, um einen Generationenwechsel vorzunehmen. Nach fünf Jahren mit Alex Steffen hieß es Dankbarkeit und Neuausrichtung zugleich. Gemeinsam haben wir uns für eine harte, aber wichtige Zeit in der APO gewappnet.



LPPW

Wie in jedem Jahr trafen wir uns zum LPPW, um gemeinsam über inhaltliche Aufbrüche bei den Jungen Liberalen zu sprechen. Wann, wenn nicht jetzt, können wir die FDP programmatisch prägen? Auch das Rahmenprogramm kam natürlich nicht zu kurz.



LPT

Den Landesparteitag der FDP NRW haben wir genutzt, um ein klares Zeichen gegen den Schuldenwahn der CDU zu setzen. Friedrich Merz kann nicht einfach so Versprechen brechen, die er der jungen Generation gegeben hat. Das haben wir ihm nicht durchgehen lassen.



Kommunalwahl

Im Rahmen der Kommunalwahl haben wir mit unseren Kommunalbrunches und den Get-out-to-vote-Wochenenden den Ton gesetzt: alles geben für die lokale FDP und möglichst viele JuLis in die Ortsparlamente.



Fuppes

Unser Sommerfest haben wir mit dem Fußballturnier der JuLis Bochum verbunden. Gemeinsam hatten wir viel Freude auf und neben dem Platz.



Aktionen mit FDP

Gemeinsam mit der FDP NRW haben wir öffentlichkeitswirksame Aktionen veranstaltet, um auf wichtige landespolitische Themen aufmerksam zu machen. Der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt.

LTW 2027

Jedes Kind kann mehr, wenn wir es ihm zutrauen

Es gibt Themen, über die man reden kann, und Themen, über die man reden muss. Bildung gehört für mich ganz eindeutig zu Letzterem. Nicht, weil es politisch gerade passt oder Programme gefüllt werden müssen, sondern weil es mir persönlich am Herzen liegt. Ich habe erlebt, wie Menschen über sich hinauswachsen, weil jemand ihnen zugetraut hat, mehr zu können. Und ich habe ebenso erlebt, wie sehr Kinder gebremst werden, wenn das System ihnen zu wenig zutraut. Denn kaum etwas entscheidet stärker darüber, wie frei ein Mensch sein Leben gestalten kann, wie unabhängig er von Herkunft und Zufall wird und wie sehr er sein eigenes Potenzial entfalten kann. Bildung ist das Fundament echter Chancengerechtigkeit und damit das Kernanliegen einer Gesellschaft, in der jeder nach seinen Talenten und Träumen durchs Leben gehen können sollte.

Chancengerechtigkeit durch Bildung ist für mich ein tiefes, fast schon existenzielles Verspre-

chen des Staates an seine Bürger: dass Herkunft kein Schicksal ist. Dass jeder Mensch den Raum bekommt, sein eigenes Leben zu gestalten. Dass Freiheit nicht nur ein Wort ist, sondern ein Weg. Was mich antreibt, ist die Überzeugung, dass wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen weit mehr erreichen können, wenn wir Bildung nicht länger als Verwaltungsproblem, sondern als Freiheitsprojekt begreifen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land voller Talente. Mit Kindern, die neugierig sind. Mit Jugendlichen, die mutig nach vorne denken. Mit Familien, die alles geben. Mit Lehrkräften, die über sich hinauswachsen. Doch genauso ist NRW ein Land, in dem Chancen oft ungerecht verteilt sind. Ein Land, in dem Schulen mit Lehrkräftemangel kämpfen. In dem Gebäude veralten, während die Erwartungen wachsen. Ein Land, in dem Kinder früh sortiert werden, obwohl sie sich selbst noch gar nicht wirklich kennen.

Ich finde, damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Chancengerechtigkeit bedeutet, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, seine Talente zu entdecken, unabhängig davon, ob die Eltern Akademiker sind oder nicht. Doch die bittere Realität ist: In kaum einem westlichen Land hängen Bildungswege so stark vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Das darf uns nicht egal sein. Wir müssen diesen Stillstand nicht hinnehmen. Und wir sollten nicht länger so tun, als sei das alles ein

Naturgesetz. Es ist veränderbar. Es ist gestaltbar. Und es beginnt mit einer einfachen, aber unmissverständlich klaren Botschaft: Jedes Kind kann mehr, wenn wir es ihm zutrauen!

Zeit für konkrete Reformen

Um das zu erreichen, braucht es mehr als kleine Reformen. Es braucht einen Kurswechsel, getragen von vier Säulen.

Erstens: Schulen müssen Orte sein, die stärken, nicht verwalten. Orte, an denen Lehrkräfte Freiräume haben und keine starren Regelwerke. Orte, an denen pädagogische Ideen entstehen dürfen. Dafür brauchen die Lehrkräfte mehr Kompetenzen und weniger Bevormundung. Gute Bildung gelingt vor Ort, durch engagierte Lehrkräfte, eine Schulleitung mit Gestaltungsmacht und Kollegien, die wissen, was ihre Schülerinnen und Schüler brauchen. Bürokratische Fesseln gehören abgebaut, damit sich die Energie auf das Wesentliche – die Kinder und Jugendlichen – richten kann. Schulen brauchen mehr Personalautonomie, mehr Budgetverantwortung und mehr Freiheit, ihre eigenen pädagogischen Schwerpunkte zu setzen. Dafür braucht es Vertrauen. Doch Vertrauen ist kein Risiko, Vertrauen ist eine Investition in die Zukunft jetziger und zukünftiger junger Generationen.

Zweitens muss Bildung zeitgemäß werden. Wir reden so oft über Digitalisierung, dass es sich manchmal wie ein reines Schlag-



wort anhört. Dabei geht es um etwas zutiefst Menschliches – darum, junge Menschen fit zu machen für die Welt, in die sie hineinwachsen. Eine Welt, die digital, global und voller Möglichkeiten ist. Bildung ist nicht digital, nur weil ein Tablet im Klassenzimmer liegt. Sie wird digital, wenn junge Menschen lernen, souverän mit Technologien umzugehen, wenn Schulen eine verlässliche Infrastruktur haben und wenn digitale Lernmethoden Teil eines zeitgemäßen Unterrichts werden. NRW hat hier enorme Fortschritte gemacht, aber es reicht nicht, wenn diese auf einige Regionen beschränkt bleiben. Jede Schule muss ein Ort sein, an dem Zukunft gelernt werden kann – und das nicht erst, wenn manche Kinder Glück haben, sondern alle.

Drittens dürfen wir uns nicht mit dem Status quo der Lehrkräftebildung abfinden. Wir brauchen mehr Wege in den Lehrberuf, mehr Durchlässigkeit, gezielte Quereinstiege, bessere Begleitung und eine Ausbildung, die auf die Realität der Schulen vorbereitet.

Zuletzt ein fundamentaler Aspekt: Wir müssen soziale Mobilität neu denken. Chancengerechtigkeit bedeutet nicht, alle gleichzumachen, sondern jedem die Möglichkeit zu geben, weit zu kommen. Und das im eigenen Tempo und auf dem eigenen Weg. Dazu gehören Förderung und Forderung gleichermaßen. Dazu gehört auch, Leistung wertzuschätzen, ohne jemanden zurückzulassen. Und dazu gehört der Mut, neue Konzepte auszuprobieren, die indi-

vidueller auf Stärken eingehen und Lernwege flexibler gestalten. Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Warum sollten Lernwege starr sein, wenn Kinder es nicht sind?

Kämpfen für die Veränderung

Ich bin überzeugt, dass NRW hier ein Vorreiter sein kann. Ein Land, in dem jedes Kind spürt: „Ich kann das schaffen.“ Ein Land, in dem soziale Mobilität kein Traum bleibt, sondern die Lebensbiografien ganzer Generationen verändern kann. Ein Land, in dem sich Leistung und Unterstützung nicht widersprechen, sondern gegenseitig stärken. Ein Land, in dem jedes Kind genau dorthin gelangen kann, wohin es will – egal, ob es aus Dortmund, Münster oder Köln kommt. Wir haben starke Hochschulen, innovative Unternehmen, engagierte Kommunen und unzählige Menschen, die jeden Tag dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche ihren Weg finden. Was uns fehlt, ist der politische Mut, Bildung wieder zur Priorität Nummer eins zu machen. Und das nicht nur in Wahlkämpfen, sondern im Alltag der Landespolitik.

Mir ist bewusst, dass eine solche Veränderung nicht vom Himmel fällt. Man muss dafür arbeiten. Man muss überzeugen und dafür kämpfen. Es beginnt immer damit, dass man Verantwortung übernimmt. Dass man sich traut, klar zu sagen: „Wir können mehr, wir wollen mehr, wir schulden unseren Kindern mehr!“ Ich persönlich werde dafür eintreten. Mit Leidenschaft, Pragmatismus und dem festen Glauben daran, dass

Freiheit und Chancengerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille sind.

Wenn im Frühjahr 2027 ein neuer Landtag gewählt wird, wird erneut darüber entschieden, wohin unser Land will. Ebenso wird entschieden, welchen Stellenwert Bildung haben soll. Wir müssen diese Chance nutzen. Nicht mit lauten Parolen, sondern mit einem Angebot: Lasst uns ein Bildungssystem schaffen, das nicht verwaltet, sondern befähigt. Ein System, das nicht sortiert, sondern stärkt. Ein System, das nicht zurückhält, sondern Wege öffnet. Das Freiheit ermöglicht, statt sie zu beschneiden.

Chancengerechtigkeit durch Bildung ist kein abstraktes Ideal. Sie ist ein Versprechen an die nächsten Generationen. Ein Versprechen, das wir erneuern müssen. Entschlossen, glaubwürdig und mit einem klaren Blick nach vorn. Mit Leidenschaft, Respekt, Mut und dem tiefen Glauben daran, dass NRW mehr kann, wenn wir es unseren Kindern zutrauen.



Lorenzo Peuser studiert Politikwissenschaften und ist im Vorstand des Kinderschutzbundes Münster.

Die legendäre Theisen-Bolo

Bei den JuLis Rheinland-Pfalz geht eine Legende um. Eine Legende, die so sagenumwoben ist, dass sie nur von Sitzung zu Sitzung, von Stammtisch zu Stammtisch weitergetragen wird.

Die Legende der legendären Theisen-Bolognese.

Angeblich, so munkelt man, soll Julius Theisen alle paar Monde in seiner Küche stehen, als wäre er der spirituelle Nachfolger von Gordon Ramsay und Jumbo Schreiner zugleich, und eine Bolognese zubereiten, die Menschen nachhaltig verändert.

Es heißt, dass sogar Jonathan Voss, unser ehemaliger Spitzenkandidat zur Bundestagswahl, nach dem ersten Löffel innehielt, tief Luft holte und mit

ernster Stimme sagte: „Das ist wirklich die beste Bolognese meines Lebens.“

(Ob ein Tränchen floss oder nur der Parmesan im Auge war, ist bis heute unklar.)

Nach langer Überzeugungsarbeit, diplomatischen Verhandlungen und mindestens drei Aperol Spritz haben wir es endlich geschafft: Julius gibt sein Geheimrezept preis.

Das Rezept, das er seit Jahren ständig verfeinert, optimiert und mit dem er bei Gästen regelmäßig so hart aufspielt, dass selbst das beste Sternrestaurant dagegen wirkt wie ein Mensa-Tag mit „Nudeln mit Soße“.

Zutaten:

- 700 g Rinderhack oder vegetarischer Hackersatz
 - 3 rote Zwiebeln
 - 3 Möhren
 - 2 Paprika
 - 1 Strauch Stangensellerie
 - 3 EL Tomatenmark
 - 2 Dosen grob passierte Tomaten
 - 200 ml Rotwein
 - 4 Lorbeerblätter
 - Salz, Pfeffer
 - Öl zum Anbraten
 - 3–4 Zehen Knoblauch
 - 1 TL Zucker
- Optional: italienische Kräuter (Thymian, Oregano, Basilikum)

Zubereitung:

1. Gemüse vorbereiten

Alles fein würfeln: Zwiebeln, Möhren, Paprika und Stangensellerie. Knoblauch hacken oder zerdrücken.

2. Soffritto ansetzen

Gemüse in Olivenöl (gern mit einem Stückchen Butter) 10–15 Minuten sanft anschwitzen. Knoblauch erst in den letzten 2 Minuten dazugeben – sonst wird er beleidigt und bitter.

3. Fleisch dazu

Hitze hoch, Hack rein, kräftig anbraten, salzen, pfeffern.

4. Tomatenmark rösten

Tomatenmark einrühren und 2–3 Minuten dunkel anrösten. Dann 1 TL Zucker dazu.

5. Rotwein-Moment

Mit 200 ml Rotwein ablöschen. 5 Minuten einkochen, bis er dickflüssig wird.

6. Tomaten + Lorbeer

Passierte Tomaten dazu, Lorbeer einlegen, optional Kräuter ergänzen.

7. Geduldig köcheln lassen

1,5–3 Stunden auf kleiner Flamme vor sich hin blubbern lassen. Wird's zu dick? Dann etwas Wasser oder Brühe dazu. Zwischendurch umrühren.

8. Finish

Lorbeer raus. Optional einen Schuss Milch / Sahne oder einen Spritzer Balsamico zugeben.

Zum Schluss mit Salz, Pfeffer und Kräutern abschmecken.

Funfact:

Viele glauben, dass die Bolognese aus Bologna stammt. Falsch gedacht!

Das erste dokumentierte Ragù alla Bolognese kommt tatsächlich aus Imola – ja genau, dem Ort mit der berühmten Formel-1-Strecke. Dort wird also nicht nur im Autodromo Enzo e Dino Ferrari mit Vollgas durch die Kurven gejagt, sondern auch eine Bolo serviert, die geschmacklich mindestens genauso schnell einschlägt.



Malte Frisch ist passionierter Hobbykoch und immer auf der Suche nach neuen Rezepten, die er exklusiv mit den JuLis teilen kann.



Julius Theisen, in JuLi-Kreisen auch als „Theisenator“ bekannt, hat nicht nur eine legendäre Bolo, sondern gilt als einer der nettesten Typen bei den JuLis RLP.



Liebe Julis,

wenn das Jahr sich dem Ende zuneigt und in Europa die Lichter angehen, wird auch besonders deutlich, vor welchen Herausforderungen unsere Europäische Union steht. Während überall Kerzen brennen, flackert Europas wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und unsere Verteidigungsfähigkeit steht mehr denn je auf dem Prüfstand. Autokratische Staaten gewinnen an Einfluss, während wir in Europa oft zu lange zögern.

Während China massiv in künstliche Intelligenz und weitere Zukunftstechnologien investiert, um zur digitalen Supermacht aufzusteigen, die USA mit Protektionismus und knallharter Wirtschaftspolitik versuchen, den globalen Wettbewerb zu dominieren, und Russland weiterhin die Ukraine attackiert und damit die Stabilität unseres Kontinents bedroht, blockiert sich die Europäische Union selbst durch übermäßige Bürokratie und ineffiziente Regelungen.

Dabei ist es höchste Zeit, in den Wettstreit um die Zukunft der globalen Ordnung einzusteigen und Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit zu finden. Europa braucht dringend einen Kurswechsel.

Die Europäische Union darf nicht länger für lahme Kompromisse und Stagnation stehen – sie muss wieder ein Synonym für wirtschaftlichen Aufschwung und Fortschritt werden. Genau das wollen wir ändern. Europäische Politik darf nicht als fern, kompliziert und undurchsichtig wahrgenommen werden. Es ist an der Zeit, Europa wieder greifbar zu machen.

Genau dafür gibt es unseren Podcast „MASZ & Moritz“. Ein Format, das europäische Politik verständlich macht – ohne Floskeln, ohne Bürokratendeutsch, dafür mit Humor, Klartext und einer ehrlichen Portion Neugier. Gemeinsam mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann sprechen wir darüber, welche Entscheidungen in Brüssel wirklich getroffen werden, wer im Maschinenraum der EU an welchen Stellschrauben dreht – und warum Europa endlich strategischer handeln muss.

Wir zeigen, was Europa braucht, um auch in Zukunft stark zu sein: Mut, Klarheit und den Willen, Realität statt Ideologie zur Grundlage von Politik zu machen.

Wenn ihr während der Feiertage Zeit findet – scannt einfach den QR-Code und hört rein. Vielleicht passt unser Podcast ja perfekt zu einem Spaziergang durch die winterlich beleuchteten Straßen oder einer gemütlichen Tasse Tee.

Viele Grüße und eine friedliche, optimistische Weihnachtszeit,

Ihr Moritz Körner MdEP



@moritz_koerner

@moritzkoerner

@moritz_koerner

Moritz Körner

„MASZ & MORITZ | Der Europa-Podcast der Freien Demokraten“

Liebe JuLis,

die letzten Monate waren geprägt von unserem Landeskongress in Mönchengladbach, der immer weiter nachlassenden Bildungspolitik der NRW-Landesregierung und unserem Willen, die FDP in Nordrhein-Westfalen endlich in vollem Tempo voranzubringen. Denn im Bundestag wird in letzter Zeit vor allem eines deutlich: Ein Parlament ohne die FDP ist eines, das Reformen verpasst und die Zukunftschancen junger Menschen links liegen lässt. Dass das nicht bei uns in NRW passiert, ist unser Projekt27, das schon längst gestartet hat.



Alerta, alerta, capitalista: Landeskongress in Mönchengladbach

Auf unserem Landeskongress am Niederrhein haben wir Anna und Max aus dem LaVo verabschiedet und mit Philip und Moncif zwei spitzen Neuzugänge gewinnen können. Programmatisch haben wir nicht nur erste Leitplanken für die Landtagswahl beim Thema Verkehrspolitik gesetzt, sondern

vor allem verschiedenste Ideen aus den Untergliederungen diskutiert. Dabei haben wir festgestellt: Wer die programmatische Arbeit der JuLis für tot hält, verfolgt sie nur nicht richtig.

Ein Highlight war natürlich unsere Social-Media-Aktion vor dem Kongress. Mit Rauchfackeln und Schlauschaals haben wir ein viel

beachtetes Zeichen für mehr Kapitalismus und gegen jede Form von gewaltbereitem Extremismus gesetzt. Die Aktion war mit mehr als einer halben Million Aufrufe allein auf Instagram ein voller Erfolg, und der Widerspruch von linksextremen Musikern bis zu reaktionären Rentnern hat gezeigt, was in diesem Land alles falsch läuft.

Marktwirtschaft und Kapitalismus sind keine kalten Systeme für Reiche, sondern ermöglichen jedem einzelnen Aufstiegschancen, Wohlstand und den freien Austausch über alle zwischenmenschlichen Grenzen hinweg. Dass auch heute immer noch nicht alle Menschen berechtigterweise das Gefühl haben, hiervon tatsächlich zu profitieren, liegt jedoch häufig an staatlichen Interventionen und nicht an einem ungezügelter Weltmarkt. Wer das Leben vieler besser machen möchte, streitet für die Marktwirtschaft. Ich möchte, dass wir die Kraft sind, die das mit Optimismus und Menschenliebe mutig vertritt. Mönchengladbach war ein großartiger Schritt in diese Richtung.



Grün-schwarze Bildungskürzungen

Die Landesregierung in NRW kürzt massiv im Haushalt der Hochschulen. Wissenschaftliche Stellen, Infrastruktur und letztlich die Lehrqualität werden darunter leiden. Das ist nicht nur eine Ohrfeige für junge akademische Leistungsträger – gerade für solche, die an der Hochschule ihren Aufstieg verfolgen –, sondern in der wirtschaftlichen Situation unseres Landes eine Katastrophe.

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Kürzungen, nur gegen die falschen. Beamtenapparat, Ministerien,

Subventionen – uns fallen zahlreiche Felder ein, in denen sich das Kürzen lohnt. Im Land mit Europas größter Hochschuldichte an Bildungsqualität zu sparen, ist jedoch keines dieser lohnenden Felder.

Demonstration teilgenommen, um nicht nur im Plenarsaal, sondern gleichermaßen an der Seite der Studenten gegen diese fehlgeleitete Bildungspolitik Stellung zu beziehen.

Deswegen haben wir gemeinsam mit der FDP vor dem Landtag gegen die Kürzungspläne an einer



60 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland

Anlässlich der Feierlichkeiten zu 60 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland durfte ich für die Jungen Liberalen auf Einladung der israelischen Botschaft in Deutschland für fünf Tage das Land kennenlernen, spannende Einblicke gewinnen, mehr über das Trauma des 7. Oktobers erfahren und kritische Fragen zur Lage in Gaza und der innenpolitischen Situation in Israel stellen. Für die gewonnenen Erkenntnisse bin ich sehr dankbar. Noch mehr darüber, dass es heute, 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, selbstverständlich für junge Deutsche sein darf, in den jüdischen Staat zu reisen und dort Freundschaften zu schließen.

Wüst lädt JU zum Abendessen ein

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat die Junge Union NRW zum Abendessen in die Staatskanzlei eingeladen. Das Essen zahlte am Ende die Partei, ein interessanter Beigeschmack blieb. Auf Anfrage der Presse stellte Wüst klar, dass er im Interesse der Landesregierung für Gespräche mit allen Jugendorganisationen bereitstehe. Eine Sache, die wir uns nicht zweimal sagen lassen: Anfang Januar trifft der JuLi-Landesvorstand den Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei, um ihn auf die aus unserer Sicht drängenden Themen der Zeit anzusprechen: fehlgeleitete Bildungspolitik, fehlendes Wirtschaftswachstum, Selfie-Politik statt Macher-Mentalität. Update folgt an dieser Stelle!

Klausur des erweiterten Landesvorstands

Der erweiterte Landesvorstand kam im November in Münster zusammen, um sich vertiefte strategische Gedanken zur Landtagswahl und zu unseren Forderungen an die FDP zu machen. Für uns ist klar, dass die FDP NRW noch lange nicht da ist, wo sie 2027 sein muss. Konstruktiv wollen wir auf allen Ebenen den Finger in die Wunde legen, um im Mai 2027 einen gemeinsamen Wahlerfolg feiern zu können. Scheuklappen darf es weder programmatischer noch personeller Natur geben.



Ich freue mich, euch in den kommenden Wochen zu sehen und wünsche euch eine frohe Weihnachtszeit und alles Gute für 2026!

Euer Torben

WIE DEUTSCHLANDS STEUER- UND STANDORTPOLITIK INVESTITIONEN UND WACHSTUM BREMST

Ein System, das aus der Zeit gefallen ist

In Deutschland redet man seit Jahren darüber, wie das Steuersystem einfacher, fairer und wirtschaftsfreundlicher gestaltet werden kann. Doch während alle Reformen ankündigen, bleibt die Realität erstaunlich stabil: kompliziert, unübersichtlich und international kaum konkurrenzfähig. Wer heute in die Arbeitswelt einsteigt oder Unternehmen begleitet, merkt sehr schnell, wie die steuerliche Struktur ausbremst – nicht aus böser Absicht, sondern weil sie schlicht nicht mehr zu einer modernen, globalen Wirtschaft passt.

Die Regierung Merz ist mit dem Anspruch gestartet, genau das zu ändern. Ein einfacheres Steuerrecht, weniger Bürokratie, klare Entlastungen. All das klingt nach einem Plan, der dringend nötig gewesen wäre. Doch nach den ersten Monaten zeigt sich: Viele dieser Versprechen sind auf der Strecke geblieben. Anstelle mutiger Reformen gibt es Detailentscheidungen, Übergangsvorschriften und kleine Korrekturen, die das System am Ende eher komplizierter machen. Es wirkt ein bisschen so, als versuche man, ein überfülltes Regal zu sortieren, indem man einfach einen weiteren Karton draufstellt.

Wettbewerb verliert man nicht über Nacht – aber durch Stillstand

Deutschland hat eine Gesamt-

belastung von regelmäßig mehr als 30 Prozent bei der Unternehmensbesteuerung. Andere Länder haben längst verstanden, dass in einer globalen Wirtschaft nicht nur Ideen konkurrieren, sondern auch Steuerstandorte. Dort werden Abschreibungen erleichtert, Steuersätze gesenkt und Verfahren beschleunigt. Bei uns dagegen wächst die Zahl der Sonderregeln, Ausnahmen und Detailvorschriften – ein Problem, das im Alltag enorm spürbar ist. Wer investieren will, kämpft oft zuerst mit der Struktur des Steuerrechts und erst danach mit dem eigentlichen Markt.

Genau hier liegt eine der größten Schwächen unserer aktuellen Politik: Anstatt eine klare Richtung mit weniger Belastung, mehr Transparenz und mehr Berechenbarkeit vorzugeben, entsteht der Eindruck, dass das System nur minimal repariert, aber nicht modernisiert wird. Das führt zu Unsicherheit. Und Unsicherheit ist das Gegenteil dessen, was ein starker Wirtschaftsstandort braucht.

Besonders fragwürdig ist in diesem Zusammenhang eine Forderung, die vor allem von linker Seite immer wieder laut wird: die stärkere Besteuerung großer Unternehmen oder sogenannter Übergewinne. Was politisch schnell Applaus bringt, ist wirtschaftlich meistens der falsche Ansatz. Große Unternehmen agieren nicht in einem deutschen Vakuum. Sie sind Teil

globaler Wertschöpfungsketten, investieren dort, wo die Bedingungen stimmen, und reagieren empfindlich auf steuerliche Belastungen. Eine nationale Steuererhöhung mag moralisch sinnvoll erscheinen, bringt aber selten mehr Einnahmen. Stattdessen drohen weitere Standortverluste, Abwanderung von Investitionen und eine sinkende Dynamik. Am Ende trifft so eine Politik nicht „die Konzerne“, sondern die Regionen, die Arbeitsplätze und die Zukunftschancen junger Menschen.

Noch deutlicher wird das im Kontext der globalen Mindestbesteuerung. Die Länder haben sich auf ein Mindestniveau geeinigt. Wer jetzt zusätzliche nationale Belastungen draufpackt, verschlechtert seine eigene Ausgangslage, ohne die internationale Situation zu verändern. Das ist nicht gerecht, sondern schlicht unklug.

Deutschland braucht Stabilität statt Symbolpolitik

Die Regierung Merz hätte die Chance gehabt, diesen Zusammenhang offen anzusprechen und echte Strukturreformen anzustoßen. Stattdessen bleibt vieles beim Alten. Dringende Vereinfachungen in der Einkommensteuer? Vertagt. Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung? Angekündigt, abgeschwächt, verschoben. Digitalisierung der Steuerverwaltung? Noch immer im Pilotmodus. Reform der Verlustverrechnung, Modernisierung

der Abschreibungsbedingungen, klare Regeln für Investitionen? Fehlanzeige. So entsteht ein System, das weder Innovation fördert noch Planungssicherheit bietet.

Dabei wäre der Weg nach vorne eigentlich klar und vor allem machbar. Deutschland braucht ein Steuerrecht, das nicht wie ein Bremsklotz wirkt, sondern wie ein Beschleuniger. Weniger unnötige Komplexität, weniger Sonderfälle, weniger politische Symbolik. Dafür mehr Berechenbarkeit, mehr Tempo, mehr Mut zu klaren Strukturen.

Unsere Aufgabe: Steuerpolitik zu erklären, nicht nur zu fordern

Und genau hier liegt unsere Aufgabe als JuLis. Steuerpolitik darf für uns nicht wie ein reflexhaftes „Steuern runter“ wirken. Denn dahinter steckt viel mehr als ein einzelner Satz. Es geht um die Grundfrage, wie ein Staat überhaupt organisiert sein soll: klar, verständlich, berechenbar oder kompliziert, überladen und von Jahr zu Jahr unübersichtlicher? Wenn wir Menschen erreichen wollen, müssen wir genau diesen Zusammenhang stärker sichtbar machen. Denn viele erleben die Folgen des Systems jeden Monat auf ihrer Lohnabrechnung, wissen aber nicht, warum bestimmte Abzüge entstehen oder warum sich selbst kleine Gehaltssprünge kaum bemerkbar machen.

Unsere Aufgabe ist es, diese Komplexität aufzubrechen. Steuerpolitik wird oft so erklärt, als sei sie eine Sache für Spezialisten, obwohl sie fast jeden Lebensweg beeinflusst. Wenn

wir darüber sprechen, müssen wir weg von Formeln und juristischen Begriffen und hin zu dem, was Menschen wirklich spüren: dass sich Arbeit lohnen soll, dass Sparen möglich sein muss, dass Investitionen nicht an Bürokratie scheitern sollten. Ein einfacheres, transparenteres Steuerrecht ist kein theoretischer Vorteil, sondern macht das Leben entspannter und berechenbarer. Genau das müssen wir deutlicher machen.

Gleichzeitig bedeutet moderne liberale Steuerpolitik auch Verantwortung. Nicht einfach weniger Ausgaben fordern, sondern Prioritäten setzen. Erklären, dass der Staat nur handlungsfähig bleibt, wenn er sich auf seine Kernaufgaben – Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung, öffentliche Sicherheit – konzentriert, statt immer neue Programme oben draufzusetzen. Menschen wollen nicht hören, dass der Staat kleiner werden muss. Sie wollen verstehen, warum er effizienter werden sollte. Und das können wir nur vermitteln, wenn wir zeigen, dass ein klügerer Staat kein ärmerer Staat ist, sondern ein verlässlicherer.

Wir müssen außerdem besser erklären, warum das Steuerrecht auch etwas mit Freiheit zu tun hat. Nicht im pathetischen Sinne, sondern ganz praktisch: Freiheit, Neues auszuprobieren. Freiheit, sich etwas aufzubauen. Freiheit, echte Aufstiegschancen zu haben. Und Freiheit bedeutet eben auch, nicht ständig das Gefühl zu haben, für jede Idee zuerst gegen das System kämpfen zu müssen. Wenn die Menschen verstehen, dass ein moderner Steuerstaat ihnen nichts wegnimmt, sondern

Möglichkeiten schafft, entsteht Vertrauen. Und ohne Vertrauen gibt es keine Reformen.

Unsere Aufgabe ist es also, politische Inhalte greifbarer zu machen. Die Ideen, die wir haben, sind gut, aber sie kommen nicht immer so an, wie sie sollten. Wenn wir zeigen, wie Steuerpolitik den Alltag konkret verbessert, sprechen wir nicht mehr nur Fachkreise an, sondern die breite Mitte der Gesellschaft. Und genau dort entscheidet sich am Ende, ob Deutschland sich bewegt. Wir müssen die Brücke schlagen zwischen komplexem System und Alltagsempfinden. Zwischen Prinzipien und Praxis. Zwischen Reformvorschlag und persönlichem Nutzen.

Wenn wir das schaffen, sind wir nicht nur diejenigen, die Probleme benennen, sondern diejenigen, die Menschen wirklich mitnehmen. Und das ist die Voraussetzung für jedes moderne liberale Projekt: Reformen, die verstanden werden, werden auch unterstützt. Reformen, die unterstützt werden, können umgesetzt werden. Genau dafür brauchen wir eine Kommunikation, die präzise ist, verständlich, ehrlich und die zeigt, dass es bei Steuerpolitik nicht um Zahlen geht, sondern um Chancen.



Lucas Hahn ist Kreisvorsitzender der JuLis Köln und studiert dual Steuerrecht. Ihr erreicht ihn unter: lucas.hahn@julis.koeln.

Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Lasse Hundsdörfer (@lhundsdoerfer)

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW
e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
Telefon (0211) 4925185,
julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung & Lektorat

BTW MARKETING,
www.btw-marketing.com

Druck

frames GmbH, Essen

Das julimagazin ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im julimagazin abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

